

Fragen

**für die Fragestunde der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 1. Juli 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker, Dirk (SPD)	80, 81	Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	42, 43
Beckmeyer, Uwe (SPD)	85, 86	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 54
Bollmann, Gerd (SPD)	3	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	67
Brandner, Klaus (SPD)	61, 62	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 58
Brase, Willi (SPD)	30, 31	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	87, 88
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	49, 50	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	6, 7
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	63, 64	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	36, 37
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 55	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Friedrich, Peter (SPD)	44, 53	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Gerdes, Michael (SPD)	24, 25	Pronold, Florian (SPD)	20, 21
Groß, Michael (SPD)	84	Rix, Sönke (SPD)	16, 17
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73	Röspel, René (SPD)	13, 76
Dr. Högl, Eva (SPD)	46, 47	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	26, 27
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83	Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Kaczmarek, Oliver (SPD)	12	Dr. Scheer, Hermann (SPD)	4, 5
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	22, 23
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	59, 60
Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	1, 2	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	28, 29
		Schwabe, Frank (SPD)	9, 10

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	34, 77	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52
Steinbach, Erika (CDU/CSU)	35	Ziegler, Dagmar (SPD)	18, 19
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	65, 66
Vogt, Ute (SPD)	8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD) Welche konkreten Projekte im Bereich des internationalen Klimaschutzes hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in diesem Jahr durch die Mittel der Fast-Start-Initiative finanziert, um die Zusagen der Kopenhagen-Konferenz zu erfüllen, und wie wird zukünftig diese Mittelzusage im Haushaltsentwurf 2011 umgesetzt?

2. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD) Wie bewertet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Auswirkungen des Marktanzreizprogramms auf Investitionen und Steuereinnahmen als Beitrag für einen wirtschaftlichen Aufschwung, und welche Anstrengungen unternimmt das BMU, damit das Marktanzreizprogramm und die Internationale Klimaschutzinitiative im Jahr 2011 fortgesetzt werden?

3. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD) Wie sieht der weitere Zeitplan für die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie vor dem Hintergrund aus, dass zum 12. Dezember 2010 die Abfallrahmenrichtlinie der EU in nationales Recht umgesetzt werden muss, da bis jetzt nur ein nicht abgestimmter Arbeitsentwurf vorliegt und bei Nichteinhaltung der Umsetzungsfrist ein Strafverfahren droht?

4. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Scheer**
(SPD) Welche Erfahrungen hinsichtlich der regionalen Wertschöpfung und der Akzeptanz von Windenergieanlagen bei Kommunen liegen der Bundesregierung nach der Einführung des besonderen Gewerbesteuerplittings für Windkraftanlagen nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 des Gewerbesteuergesetzes vor, und wie bewertet sie diese Regelung hinsichtlich des weiteren Ausbaus der Onshore-Windenergie?

5. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Scheer**
(SPD) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Anreize für Gemeinden zur Ausweisung von Flächen zur Windenergienutzung in § 29 Absatz 1 Nummer 2 des Gewerbesteuergesetzes auch nach einer möglichen Abschaffung der Gewerbesteuer erhalten bleiben, und wie werden die Interessen der Erneuerbaren-Energien-Branche im Rahmen der Arbeit der Gemeindefinanzkommission angemessen berücksichtigt?

6. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verhandlungen über die Novelle der IVU-Richtlinie über eine Übergangsfrist bis Ende 2023 für veraltete Kraftwerke und Großfeuerungsanlagen, innerhalb der diese umgerüstet oder abgeschaltet werden müssen?
7. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) über die Auswirkungen des seit fast 20 Jahren aus einem explodierten Bohrloch der Firma Exxon Mobil in der Nordsee ausströmenden Methangases auf die Umwelt und das Klima, und in welcher Weise wird dazu mit der britischen Regierung zusammengearbeitet?
8. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Wie beurteilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Forschungsergebnisse, dass die Stickstoffoxidemissionen von Euro-V-Lkw im Realbetrieb deutlich höher sind als bei der Festlegung der Abgasgrenzwerte für diese Fahrzeuge erwartet, und besteht die Absicht, ein Beschwerdeverfahren gegen die Hersteller einzuleiten?
9. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Studie „Distant origins of Arctic black carbon: A Goddard Institute for Space Studies ModelE experiment“ von Dorothy Koch und James Hanson aus dem Jahr 2005 bekannt, die die Klimarelevanz von Dieselruß nachweist und die Auswirkungen auf das regionale Klima in der Arktis thematisiert?
10. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Wenn die Klimarelevanz von Dieselruß und die Auswirkungen auf das regionale Klima in der Arktis der Bundesregierung bekannt sind, wann gedenkt die Bundesregierung ein konkretes Minderungsziel für Dieselruß in ihre nationale Klimaschutzpolitik zu integrieren?
11. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wäre es aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit rein technisch möglich, die restlichen auf dem Gelände des GKSS Forschungszentrum Geesthacht befindlichen abgebrannten Brennstäbe des Forschungsschiffes

Otto Hahn in Deutschland, insbesondere auf dem Gelände des dem GKSS-Gelände sehr nahegelegenen Atomkraftwerks Krümmel zu verpacken (unabhängig von der aktuellen genehmigungsrechtlichen Situation), und ist es aus Sicht des BMU sinnvoll, für radioaktive Stoffe möglichst kurze Transportwege zu wählen (bitte mit Begründung)?

12. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung der Grundwasserverordnung innerhalb der Bundesregierung, und in welcher Form plant die Bundesregierung die Beteiligung des Deutschen Bundestages?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

13. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Ist die Erklärung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, dass die sog. grüne Gentechnik einen Beitrag zur Welternährung leisten kann (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Gentechnik kann Beitrag zur Welternährung leisten“ vom 8. Juni 2010), dahingehend zu verstehen, dass die Bundesministerin Dr. Annette Schavan davon ausgeht, dass transgene Pflanzen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Problems der Welternährung leisten können, und auf welchen wissenschaftlichen Gutachten basiert diese Argumentation?
14. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Plänen, wie sie in der Presse zu lesen waren, die Mediziner- ausbildung aus der Universität Lübeck herauszulösen und in das Forschungszentrum Borstel zu integrieren und anschließend das Forschungszentrum Borstel von der Leibniz-Gemeinschaft in die Helmholtz-Gemeinschaft zu überführen, und ist vorgesehen, im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der medizinischen Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein zusätzliche Bundesmittel nach Schleswig-Holstein zu transferieren?

15. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ergebnis hat es zum laut Presseinformationen geplanten Wechsel des Forschungszentrums Borstel von der Leibniz-Gemeinschaft in die Helmholtz-Gemeinschaft bereits eine Befassung des Wissenschaftsrates gegeben, bzw. in welcher Form ist eine Befassung des Wissenschaftsrates vorgesehen?
16. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der beim letzten Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern bekräftigten bildungspolitischen Ziele gerade im Bereich der Hochschulpolitik, angesichts der jüngst verlängerten Exzellenzinitiative und des Hochschulpaktes und angesichts der von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigten „Bildungsrepublik“ – aus der Absicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die Wirtschaftsstudiengänge in Flensburg und die Medizinische Fakultät in Lübeck – was zugleich wohl das Aus für die Universität Lübeck insgesamt wäre – zu schließen, und welche Maßnahmen sind von Seiten der Bundesregierung zur Sicherung der Hochschulstandorte Lübeck und Flensburg geplant?
17. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Welcher finanzielle Beitrag käme dem Land Schleswig-Holstein durch die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, angeregte Rücknahme der mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz eingeführten Subvention für Hoteliers zugute, und könnte damit eine Schließung der Hochschulstandorte in Flensburg und Lübeck verhindert werden?
18. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)
- Gab es Gespräche zwischen der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, und dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Peter Harry Carstensen, mit dem Ziel, einen Weg zur Rücknahme der im Wachstumsbeschleunigungsgesetz eingeführten Mehrwertsteuersubvention für Hoteliers auszuarbeiten oder abzustimmen?
19. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)
- Welche Maßnahmen wurden zwischen dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein besprochen bzw. vereinbart, um der drohenden Schließung von Spitzenuniversitäten wie der Universität Lübeck entgegenzuwirken, und zu welchem Ergebnis sind die Verhandlungen zwischen dem schleswig-holsteini-

schen Ministerpräsidenten und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung bzw. dem Bundeskanzleramt gelangt?

20. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung der zu beobachtenden Tendenz, dass sich die Länder zunehmend aus den Programmen wie beispielsweise dem Hochschulpakt, der Exzellenzinitiative oder dem Pakt für Forschung und Innovation, die sie mit dem Bund vereinbart haben, zurückziehen, entgegenwirken, und wie will sie den daraus resultierenden Defiziten begegnen?
21. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung der Hochschulrektorenkonferenz, dass die Schließung des Medizinstudiengangs an der Universität Lübeck eine Provokation sei (DER TAGESSPIEGEL, „Lübeck als Modell“, 9. Juni 2010) und dass diese Entscheidung ein falscher Schritt mit weitreichenden Konsequenzen und zwar nicht nur für die Universität Lübeck und das Land Schleswig-Holstein, sondern für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt darstellt, und wie gedenkt die Bundesregierung, im aktuellen Fall sowie in denkbaren kommenden Fällen auf die Schließung von exzellenten Studiengängen und Universitäten zu reagieren?
22. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die Schließung der Hochschulstandorte in Flensburg und Lübeck auf die Erreichung des Ziels, bis zum Jahr 2015 mit Mitteln des Bundes 275 000 Studienplätze schaffen zu wollen, und inwieweit sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung und Weiterentwicklung des Hochschulpaktes?
23. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um – angesichts der Finanzsituation und der Sparzwänge der Länder – in entsprechenden Situationen die Kürzung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich oder gar die Schließung von kompletten Hochschulen zu verhindern, und welche rechtlichen Voraussetzungen sind hierfür notwendig, etwa hinsichtlich der von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, angelegten Abschaffung des Kooperationsverbotes?

24. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Hat sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit der hochschulpolitischen Situation in Schleswig-Holstein befasst, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundeskanzlerin aus den aktuellen Debatten für die Weiterführung der Pläne zur Schaffung einer „Bildungsrepublik Deutschland“?
25. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Hat die Bundesregierung eine Lösung zum Erhalt der Universität Lübeck nach dem Modell des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), also der Zusammenschluss einer Universität in Landeshoheit mit Aufgaben in Lehre und Forschung und einer Großforschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft mit programmorientierter Vorsorgeforschung im Auftrag des Staates, geprüft, und zu welchem Ergebnis ist die Prüfung gekommen?
26. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Äußerungen des Bundesministers für Gesundheit bezüglich des drohenden Ärztemangels – aus der seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung angekündigten Schließung der in den Hochschulrankings immer bestplatzierten Mediziner Ausbildung in Lübeck?
27. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Länder – wie es beispielsweise der schleswig-holsteinische Wissenschaftsminister festgestellt hat, dass sich das Konsolidierungsland Schleswig-Holstein „zu viel Exzellenz“ nicht mehr leisten kann (Pressemitteilung des wissenschaftlichen Personalrats der Universität zu Lübeck vom 23. Juni 2010) – angesichts der Finanzkrise und der Sparzwänge zunehmend wissenschaftliche Exzellenz nicht mehr finanzieren können, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der jüngst verlängerten Bund-Länder-Initiativen Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation aus den offenkundig massiven Finanzierungsproblemen der Länder hinsichtlich des Erhalts wissenschaftlicher Exzellenz?
28. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Reduzierung der Staatsausgaben zu Lasten von Bildung und Wissenschaft zwar einen einfachen aber grundfalschen Weg bei der Haushaltskonsolidierung darstellt, und dass – sollte das Beispiel Lübeck Schu-

le machen – die Universität Lübeck bundesweit vermutlich nur die erste Universität ist, deren Existenz gefährdet ist – und dass angesichts der Haushalts-situation zahlreicher Bundesländer weitere Universitäts-schließungen in anderen Konsolidierungsländern folgen dürften?

29. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass in den Medien die schleswig-holsteinische Landesregierung das Aus für die Universität Lübeck insbesondere mit dem Exzellenzwettbewerb begründet, und welche Maßnahmen wären nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, um das Gegeneinanderausspielen von Hochschulstandorten – hier Lübeck und Kiel – wirksam zu verhindern (etwa in Bezug auf die Ausgestaltung des Exzellenzwettbewerbs)?
30. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in Medienberichten zur Rettung der Universität Lübeck („Berlin wartet Konzept zur Stiftungsuni ab“, Lübecker Nachrichten vom 24. Juni 2010) zitierten Modelle zur Rettung der Universität Lübeck, denen zufolge das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften in Kiel unter das Dach der Helmholtz-Gemeinschaft verschoben werden und das Land Schleswig-Holstein durch die höhere Bundesfinanzierung Einsparungen in Millionenhöhe erzielen soll (insbesondere vor dem Hintergrund, dass laut Bericht der Tageszeitung Neues Deutschland vom 23. Juni 2010 bislang niemand mit der Leibniz-Gemeinschaft auch nur das Gespräch gesucht hat und diese die Verschiebung von Zuständigkeiten laut Medienberichten ablehnt), und welche Chancen räumt die Bundesregierung dem zweiten Modell einer Stiftungsuniversität ein?
31. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Welchen Beitrag kann aus Sicht der Bundesregierung das in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) diskutierte Bund-Länder-Programm zur Medizinerbildung zum Erhalt der von Schließung bedrohten Hochschulen und zur Sicherstellung der Medizinerbildung leisten, und in welcher Form – organisatorisch und/oder finanziell – ist der Bund bereit, sich hier einzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

32. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist sichergestellt, dass die Bundesregierung die auf dem G8-Gipfel zugesagten Mittel nicht durch Kürzungen in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit aufbringt?
33. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Anteil an den deutschen Zusagen für Mütter- und Kindergesundheit wird in Zukunft geleistet werden, und welcher Anteil wurde bereits in der Vergangenheit geleistet?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

34. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit befürwortet die Bundesregierung die Pläne der Bundesländer, die Rundfunkgebührenbefreiung zulasten von Menschen mit Behinderung sowie gemeinnützigen Einrichtungen für Behinderte u. a. zum 1. Januar 2013 abzuschaffen (siehe Eckpunkte der Ministerpräsidenten der Länder über eine veränderte Rundfunkfinanzierung vom 9./10. Juni 2010)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

35. Abgeordnete
**Erika
Steinbach**
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Anzahl der Morde an Journalisten in den letzten drei Jahren, insbesondere im Irak, auf den Philippinen, in Kolumbien und in der Russischen Föderation?
36. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, dass der zweite Wahlgang darüber entscheiden werde, ob der Weg Polens zurück ins politische

- Abseits ginge, und wie beurteilt die Bundesregierung eine möglicherweise dadurch entstehende Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses?
37. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, sich zukünftig in Wahlauseinandersetzungen europäischer Partnerstaaten einzumischen?
38. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In wie vielen Fällen haben die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Türkei beim Ehegattennachzug nach Deutschland von Ehegatten, die einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss oder eine entsprechende Qualifikation besitzen oder eine Erwerbstätigkeit ausüben, die regelmäßig eine solche Qualifikation voraussetzt, vor der Einreise den Nachweis von Deutschkenntnissen verlangt?
39. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie stellt das Auswärtige Amt sicher, dass die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei Visumanträgen zum Ehegattennachzug bei erkennbar geringem Integrationsbedarf gemäß § 30 Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 des Aufenthaltsgesetzes Sprachnachweise nicht verlangen?
40. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür ein, im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Polizistinnen und Polizisten nach Kirgistan zu schicken, um zur Stabilisierung der politischen Lage beizutragen (siehe auch Reuters-Meldung vom 23. Juni 2010 „OSZE fordert internationale Polizei-Truppe für Süd-Kirgistan“)?
41. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Form setzt sich die Bundesregierung dafür ein, deutsche Polizistinnen und Polizisten für eine internationale OSZE-geführte Polizeitruppe für Kirgistan bereitzustellen, und inwiefern beurteilt sie die Entsendung von Polizistinnen und Polizisten in Krisengebiete als eine langfristige strukturelle Aufgabe der zivilen Konfliktbearbeitung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

42. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)**
- Sind die vielfältigen Bildungsangebote, die zum Aufgabengebiet des Bundesministeriums des Innern gehören, wie z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Integrationskurse, auch vom Beschluss der Bundesregierung betroffen, den Bildungsbereich von künftigen Haushaltskürzungen auszunehmen und sogar mit weiteren Finanzmitteln aufzustocken?
43. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)**
- Wie begründet die Bundesregierung die Auffassung, dass sich aus der Rücknahme des Vorbehalts zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes kein bundesgesetzlicher Änderungsbedarf ergäbe, im Hinblick auf die Verfahrensfähigkeit unbegleiteter minderjähriger Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die das 16. Lebensjahr vollendet haben?
44. Abgeordneter
**Peter
Friedrich
(SPD)**
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass rechtsextreme Gruppierungen wie die NPD vermehrt über Google-Anzeigen in den Onlineangeboten von Tageszeitungen und Blogs werben, so unter anderem mit den Worten „kostenlos objektiv über die NPD informieren“, und sind von Seiten der Bundesregierung rechtliche Schritte geplant, diese Praxis zu unterbinden?
45. Abgeordneter
**Dr. Konstantin von
Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wie lautet die Rechtfertigung der Bundesregierung für ihre Enthaltung zu dem im Ministerrat befürworteten SWIFT-Abkommen zur Übermittlung intimster Banktransaktionsdaten einer nicht näher bestimmbar, vermutlich in die Millionen gehenden Anzahl von Bundesbürgern für eine Dauer von fünf Jahren in die nach EU-Datenschutzrecht als unsicheres Drittland eingestufte USA angesichts ihres verfassungsrechtlichen Schutzauftrages für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und damit auch für die Beachtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung, in welcher bereits eine Speicherung von möglicherweise weitaus weniger sensitiven Daten für einen weitaus kürzeren Zeitraum von sechs Monaten für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig angesehen wird?

46. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Wie wird die Bundesregierung sich bei der Abstimmung über das sogenannte SWIFT-Abkommen im Rat der EU verhalten?
47. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Welche Bedeutung hat nach Ansicht der Bundesregierung der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP formulierte Ratifizierungsvorbehalt für das Inkrafttreten des neuen SWIFT-Abkommens?
48. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung es angesichts der in dem Rechtsgutachten des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes a. D., Hans-Jürgen Papier, genannten Argumente für möglich, eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ohne Zustimmung des Bundesrates zu verabschieden, und wenn ja, auf Grundlage welcher juristischen Überlegungen?
49. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit spielte nach Kenntnis der Bundesregierung die so genannte EU-Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo eine Rolle bei der Abschiebung von über 100 Menschen – überwiegend Roma – mit einem Flug der Fluggesellschaft Air Berlin nach Pristina am 22. Juni 2010 z. B. durch Auswahl der Abzuschiebenden oder Finanzierung der Abschiebung, und inwiefern ist die Organisation und Finanzierung von Abschiebeflügen nach Kosovo durch das Mandat dieser so genannten Rechtsstaatsmission gedeckt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Bereitstellung von Dokumenten zum Bosnienkrieg (1992 bis 1995) für den Karadzic-Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag verweigert, die auf Antrag des angeklagten Radovan Karadzic, ehemals Präsident der bosnischen Republika Srpska, angefordert wurden und dessen Antrag durch die ICTY-Richter am 19. Mai 2010 stattgegeben wurde, und sieht die Bundesregierung in ihrer Verweigerungshaltung eine Behinderung der internationalen Strafgerichtsbarkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

51. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe schätzt die Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren die steuerlichen Minder-einnahmen aus der geplanten Aufhebung der Einschränkung der Agrardieselsteuerbegünstigung, und wie sollen diese Einnahmeverluste kompensiert werden, damit eine zusätzliche Nettoneuverschuldung vermieden werden kann?
52. Abgeordnete
**Daniela
Wagner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche steuerrechtlichen Abschreibungsmöglichkeiten gibt es in den Bereichen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung, und wie sind diese ausgestaltet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

53. Abgeordneter
**Peter
Friedrich**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in der Bereitstellung von abgebrannten Brennelementen durch deutsche Kernkraftwerksbetreiber zur Wiederaufarbeitung in Russland und den dabei anfallenden Nebenprodukten, die sich als Brennstoff für RBMK-Reaktoren eignen, einen Widerspruch zur erklärten Absicht der Bundesregierung, sich für eine sofortige Stilllegung der RBMK-Reaktoren einzusetzen, und wie bewertet sie diesbezüglich die Äußerungen der EnBW zur Herkunft des von der EnBW verwendeten Wiederaufarbeitungsurans?
54. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was waren die wesentlichen inhaltlichen Argumente der Vertreter der vier Energiekonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, die diese bei dem Treffen mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 23. Juni 2010 zu einer Brennelementesteuer und einer eventuellen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken vorgebracht haben, und wie beurteilt das Bundeskanzleramt diese Argumente (insbesondere, welchen Argumenten kann es folgen bzw. nicht folgen)?

55. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass die Bundeskanzlerin den vier Energiekonzernen bei dem Treffen im Bundeskanzleramt eingeräumt hat, dass die Bundesregierung offen für Alternativvorschläge zur Brennelementesteuer sei, und falls ja, ist die Bundesregierung auch offen für Alternativvorschläge von anderen Betroffenen der anderen Teile des Sparpaketes der Bundesregierung?
56. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass Gespräche zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und den Atomkraftwerksbetreibern geplant sind, um Alternativen zu einer Brennelementesteuer zu diskutieren, und wenn ja, wann finden diese Gespräche statt?
57. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, dass die Brennelementesteuer der Abschöpfung der Zusatzgewinne für den Fall einer Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke dient und dass deshalb ein „eindeutiger politischer Zusammenhang“ zwischen Steuer und Laufzeitverlängerung besteht (vgl. AP-Meldung vom 23. Juni 2010)?
58. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung durch das sich in Erarbeitung befindliche CCS-Gesetz einen allgemeingültigen Rechtsrahmen für CCS-Projekte in ganz Deutschland zu schaffen, oder wird sich die Gültigkeit des CCS-Gesetzes auf Demonstrationsanlagen beschränken, und wenn ja, auf welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

59. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Vorschlag ein, qualifizierte Reha-Berater bei den SGB-II-Trägern (SGB II = Zweites Buch Sozialgesetzbuch) zu verankern, die die Aufgaben nach § 104 SGB IX wahrnehmen, die bisher allein die Bundesagentur für Arbeit als Rehabilitationsträger vorsieht, und wird der Betreuungsschlüssel für schwerbehinderte Menschen im SGB II erhöht?

60. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)**
- In welchen Fällen werden im Rahmen des Sparpaketes der Bundesregierung Arbeitsförderungsleistungen für schwerbehinderte Menschen, die durch die Bundesagentur für Arbeit oder von SGB-II-Trägern als Pflichtleistungen erbracht werden, in Ermessensleistungen umgewandelt oder Ermessensleistungen gestrichen?
61. Abgeordneter
**Klaus
Brandner
(SPD)**
- Wie verträgt sich die Aussage des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, in seinem Interview mit der „BILD am Sonntag“ am 30. Mai 2010, dass Rentenkürzungen ausgeschlossen seien, mit der Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung beim Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Wegfall von Erstattungen einigungsbedingter Leistungen an die Rentenversicherung (§ 291c SGB VI), und kann ausgeschlossen werden, dass durch die Abschaffung der Zuschüsse für den Einzelnen, zum Beispiel Langzeitarbeitslosen, keine Reduzierung der zu erwartenden Rentenzahlungen vorgenommen wird?
62. Abgeordneter
**Klaus
Brandner
(SPD)**
- Kann ausgeschlossen werden, dass es durch den beabsichtigten Wegfall des Zuschusses an die Rentenversicherung beim ALG II und der Erstattungen einigungsbedingter Leistungen an die Rentenversicherung (§ 291c SGB VI) nicht zu einer Gefährdung der geplanten Rentenversicherungsbeitragssatzabsenkung im Jahr 2014 auf 19,8 Prozent und im Jahr 2015 auf 19,3 Prozent kommen wird?
63. Abgeordneter
**Werner
Dreibus
(DIE LINKE.)**
- Wie hat sich seit 2005 die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit entwickelt, die örtliche Prüfungen von Verleihunternehmen vornehmen (bitte jährlich und den heutigen Ist-Zustand darstellen), und wie viele Beschäftigte der Verleihunternehmen waren von Verstößen gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz betroffen (auch hier bitte die Jahreszahlen und den Stand des Jahres 2010 nennen und wenn möglich nach häufigsten Verstößen aufliedern)?
64. Abgeordneter
**Werner
Dreibus
(DIE LINKE.)**
- Wie oft finden Nachkontrollen bei denjenigen Verleihfirmen statt, die durch die Bundesagentur für Arbeit regional geprüft und beanstandet wurden, und welche Ergebnisse haben diese Nachprüfungen hinsichtlich der Beseitigung des beanstandeten Verstoßes gebracht?

65. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welchen politischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts dessen, dass die Zahl der verhängten Bußgelder aufgrund von Verstößen gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zunimmt, und wie teilen sich die seit 2005 verhängten Bußgelder bezogen auf ihre Höhe bzw. die Art der Ordnungswidrigkeit in Verbindung mit den entsprechenden vorgegebenen Bußgeldrahmen auf (bitte jährlich anhand der Klassifizierung des § 16 AÜG darstellen und auch für jede Art der Ordnungswidrigkeit bzw. für jeden vorgegebenen Bußgeldrahmen die tatsächlich im Durchschnitt verhängten Bußgeldhöhen beziffern)?
66. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Summe der jährlich seit 2005 eingetribenen Bußgelder, und wie viele der Bußgelder fallen auf die vom Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Hans-Joachim Fuchtel, in der Fragestunde am 16. Juni 2010 benannten Verstöße (bitte die absoluten Zahlen für die jeweiligen Bereiche nennen)?
67. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Was sind die zehn Einsatzbranchen, in denen wegen Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die meisten Bußgelder verhängt wurden, und wie viele Beschäftigte waren von den Verstößen tangiert (bitte jährliche Angaben seit 2005 machen)?
68. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die Anmeldezahlen von Rehabilitandinnen und Rehabilitanden in den Berufsbildungswerken zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber den Vorjahren stark rückläufig sind, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
69. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte herausgegebenen Studie vom 22. Dezember 2009, die in den Nummern 24 und 25 konstatiert, dass es für die effektive Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention empfehlenswert wäre, neben einem übergeordneten Focal Point nach Artikel 33 Absatz 1 der Konvention auch in allen relevanten Ministerien und Abteilungen Focal Points einzurichten, um ein entsprechendes Bewusstsein zu bilden, an der Erarbeitung eines Aktionsplanes teilzunehmen sowie die Umsetzung zu begleiten und zu kontrollieren, und in welchen Bundesministerien und deren Abteilun-

gen wurden bislang neben dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Abteilung V Focal Points eingerichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

70. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung national und auf europäischer Ebene, um die Einführung einer Tierschutzkennzeichnung zu implementieren?
71. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen Haushaltstiteln im Agraretat will die Bundesregierung Kürzungen vornehmen, um die Weiterführung der Steuerermäßigungen beim Agrardiesel im heutigen Umfang gegenzufinanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

72. Abgeordnete
**Bettina
Herlitzius**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Faktoren werden über die Dienstpostenzahl hinaus zur Auswahl der zu schließenden kleinen Kasernen herangezogen, und inwieweit werden städtebauliche Belange bei der Standortauswahl der, vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, angekündigten Schließung eine Rolle spielen?
73. Abgeordnete
**Bettina
Herlitzius**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher zeitlichen Frist werden die betroffenen Städte und Gemeinden über die Schließung der Kasernen informiert, und in welcher Form werden sie an dem folgenden Schließungs- und Konversionsprozess beteiligt?

74. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beantwortet die Bundesregierung nunmehr meine Mündliche Frage vom 2. Juni 2010 zum weiteren Schicksal der acht Personen, die nach der Antwort der Bundesregierung vom 9. Juni 2010 (siehe Plenarprotokoll 17/45, S. 4576 A) auf der „Joint Priority Effects List“ (JPEL), der sog. Todesliste der NATO-Truppen für Nordafghanistan, auf Initiative von deutscher Seite seit Juni 2009 gelistet worden waren, insbesondere, ob die Personen inzwischen festgenommen oder getötet wurden?
75. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl der vor Juni 2009 von deutscher Seite auf der JPEL oder anderen entsprechenden Listen genannten Zielpersonen sowie über die gegen sie und ihr Umfeld auch durch nichtdeutsche Stellen real ergriffenen militärischen Maßnahmen (z. B. Festsetzung, Folter, Tötung), insbesondere angesichts der bisherigen Auskunft der Bundesregierung, dass eine gezielte Tötung der JPEL-Zielpersonen nicht in Frage komme (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 14. Januar 2008 auf meine Schriftliche Frage 30, Bundestagsdrucksache 16/7794, S. 21 f.)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

76. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wird der Plan der Bundesregierung zur Einführung einer Pflicht zur Veröffentlichung der Ergebnisse klinischer Prüfungen im Rahmen des Referentenentwurfs für das Arzneimittelneuordnungsgesetz nicht zum „Aufbau eines zusätzlichen nationalen Registrierungs- und Publikationssystems“ führen, welches „nicht im Interesse einer einfacheren Zugänglichkeit von Daten“ ist (wie der Abgeordnete Lars Lindemann am 25. März 2010 in einer Rede argumentierte), und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Verpflichtung zur Registrierung aller klinischen Studien beim Deutschen Register Klinischer Studien (DRKS) nicht gesetzlich verankerbar ist (wie es der Abgeordnete Dr. Rolf Koschorrek in einer Rede vom 25. März 2010 dargestellt hat)?
77. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen um die 2011 anstehende Novellierung des Glücksspiel-Staatsvertrages dafür einsetzen, dass Soziallotterien, zum Beispiel „Aktion Mensch“, nicht als ebenso suchtgefährlich eingestuft

werden wie kommerzielle Lotterien, so dass für erstere Ausnahmeregelungen (z. B. der Losverkauf über das Internet) möglich werden?

78. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung die wirtschaftliche Situation von freiberuflichen Hebammen ein, die von Juli 2010 an eine Prämienzahlung ihrer Haftpflichtversicherungen von 3 000 Euro und mehr jährlich zu leisten haben, und welche Folgen erwartet die Bundesregierung daraus?
79. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie ist die Einschätzung der Bundesregierung bezüglich eines zukünftigen Engpasses der Versorgung mit Hebammen insbesondere im ländlichen Raum, und was unternimmt die Bundesregierung, die Versorgung zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

80. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Hält die Bundesregierung die Deckelung von Biogasanlagen im Außenbereich auf 500 kW weiterhin für sinnvoll, auch wenn die Anlagen ohne bauliche Veränderung mehr als 500 kW leisten könnten?
81. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Wie ist die Einschätzung der Bundesregierung dazu, die Begrenzung für den Bau von Biogasanlagen nicht mehr an der Leistung (gemessen in kW), sondern an der räumlichen Größe der Anlagen festzumachen, und welche Argumente sprechen für eine Beibehaltung der derzeit gültigen Messgröße?
82. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie ist es zu erklären, dass das geeignete Prüfungsverfahren der Materialforschungs- und -prüfanstalt an der Bauhaus-Universität Weimar (MFPA) (Sachverständiger Dr. Gerhard Hempel) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereits am 27. Oktober 1992 mit dem Schreiben StB 25/38.55.50/21 H 92 der Deutschen Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) zur Nutzung empfohlen worden war („Um alle im Hinblick auf Alkalikieselsäurereaktionen bestehenden Verdachtsmomente von vornherein auszuräumen

- [...] Sein Prüfverfahren ist über die Anwendung im Brückenbau hinaus auch im Fahrbahndeckenbau anzuwenden und geeignet, Schäden abzuwenden.“), ohne dass die DEGES über Jahre hinweg darauf eingegangen wäre und dadurch eindeutig vermeidbarer Schaden verursacht wurde, und welche konkreten Autobahnabschnitte (bitte in Kilometerangaben) sind nach aktuellem Kenntnisstand Verdachtsfälle für die Schädigung durch die Alkalikieselsäurereaktion?
83. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird die Finanzierungsvereinbarung für den zweiten S-Bahn-Tunnel in München zum Abschluss kommen, und bis zu welcher Grenze wird der Bund mögliche Kostensteigerungen beim Bau des zweiten S-Bahn-Tunnels in München mitfinanzieren?
84. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD) Welche Wirkung auf die kommunalen Finanzen und welche Art der Kompensation dieser Wirkung wird es aus Sicht der Bundesregierung durch die geplante Streichung des Heizkostenzuschusses geben?
85. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Verkehrsaufkommen von Lkw mit einem Gewicht von über 12 t auf allen vier- und mehrspurigen Bundesstraßen in Deutschland, und wie wird sich auf der Grundlage vorliegender Verkehrsprognosen das Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren auf allen vier- und mehrspurigen Bundesstraßen entwickeln?
86. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut auf vier- und mehrspurigen Bundesstraßen ein, und wie hoch werden voraussichtlich die Systemkosten einer Lkw-Maut auf vier- und mehrspurigen Bundesstraßen sein?
87. Abgeordneter
Christian Lange
(**Backnang**)
(SPD) Stimmen die Angaben des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, dass bei der so genannten Sparklausur der Bundesregierung für die Jahre 2011 bis 2014 bei den Infrastrukturinvestitionen Einsparungen von viermal 200 Mio. Euro vereinbart wurden, oder stimmen die Angaben des Bundesministers der Fi-

nanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, nach denen die Einsparungen in den nächsten Jahren ansteigen sollen?

88. Abgeordneter
**Christian
Lange
(Backnang)
(SPD)**

Welche Folgen werden die Einsparungen für die bereits geplanten und zugesicherten Verkehrsprojekte haben, und welche finanziellen Auswirkungen werden diese Einsparungen auf die Bundesländer haben, insbesondere auf Baden-Württemberg?